

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1919

531 (21.11.1919) Abendausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Verlage: „Volk und Heimat“, Wochenschrift für Unterhaltung und Belehrung. — Erscheint jeden Samstag. —

Einzelnummern und Verlangen von Fern-Abonnenten...
Verantwortlich: Albert Gerava.
Redaktion: Albert Gerava, Postfach 10, Karlsruhe.

Abonnenten: Die Badische Presse...
Abonnementpreis: 1.25 M. pro Jahr...
Einzelnummer: 10 Pf.

Nr. 531.

Karlsruhe, Freitag den 21. November 1919.

35. Jahrgang.

Drei Wahlschlachten.

— Karlsruhe, 21. Nov. In drei Ländern, in Frankreich, Italien und Belgien, haben die Wahlen nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ein Ergebnis gehabt, das im großen und ganzen die bisherige deutschfeindliche Politik Frankreichs und Belgiens stabilisiert. In Italien sind die Verhandlungsfreunde um Giolitti zwar geschlagen worden, dafür sind aber zum ersten Male die Klerikalen zur Urne geschritten und haben erhebliche Erfolge zu buchen, die zusammen mit den Siegen der italienischen Sozialdemokratie bolschewistisch über Oberösterreich, die italienische Politik immerhin in einen Kurs bringen werden, der dem der ehemaligen Mittelmächte nicht grundtätig abgewandt ist. Die sozialistischen Teilsiege bei den belgischen Wahlen dagegen sind unbedeutend. Die Franzosen, die verwestlichen Liberalen und die nach Frankreich schauenden Klerikalen haben die Macht behauptet. Das einige französische Führer gewählt wurden, ist als Nebenergebnis zu werten. Politisch sind diese Wahlen von keinem großen Interesse. Die Wahlen in Frankreich haben die Wallonen selbst im Flamenco die Dummheit schwinden, aber das ist auch alles. Belgiens Politik bleibt ebenso entschlossen und vor allem Belgien weiterhin ein Bollwerk Englands, wie es dieses Schlachtfeld schon vor dem Weltkrieg war. In Italien und Belgien hat sich gezeigt, daß die Verhandlungsfreunde in der Minderheit geblieben sind. Wenn in Italien große Gruppen der neueren Parteien nicht durchweg der Entente anhängen, so geschieht das nicht aus Gründen, die wir Deutsche hinter der Idee des Völkerbundes vermuten, sondern aus rein realen Interessen dieses Königreiches, dessen Politik und Wirtschaft nach Europa neigt, während seine Politik immer wieder in kleine Konflikte mit der Entente gerät.

Nach Schimmer, geradezu vernichtend für die deutschen Weltverbesserungswürmer ist aber der Triumph Clemenceaus. Sein „nationaler Witz“, diese selbstsame Mischung aus Republikanismus, Liberalismus und Nationalsozialismus vom Schlage Herbes, hat einen überraschend großen Sieg davongetragen. Die Sozialisten sind fast zerschmettert, nur Guesde, der mit dem marxistischen Weltanschauungsbild das erste Kabinettsmitglied war, ist wiedergeboren, selbst Renaudel, dieser Kronzeuge der deutschen Unabhängigen und Vorkämpfer der deutschen Mehrheitssozialisten, ist geschlagen worden. Wenn man bedenkt, daß Frankreich ein typisches Kleinbürger- und Bauernland ist, dann wird dieser Sieg Clemenceaus verständlich. Das französische Volk hat sich in seiner übergroßen Mehrheit für die Revolutionspolitik Clemenceaus, gegen den Bolschewismus und gegen eine Verständigung mit Deutschland ausgesprochen. Und unter dem Druck des Sieges und der patriotischen Phrasen haben selbst große Arbeitermassen die Fiktion des Sozialismus verlassen. Wir müssen also damit rechnen, daß hinter Clemenceaus Hauptpolitik die überwiegende Mehrheit des französischen Volkes von Frankreich steht. Diese Mehrheit will nicht Verständigung, sondern Fortsetzung der Kampfpolitik. Nach wie vor, trotz aller Verständigungstendenzen. Aber die deutschen Sozialisten werden aus diesem Wahlausfall nichts lernen und sie werden nach wie immer auf den Sieg des Sozialismus in Frankreich warten, wie die blödsinnige Nora auf das Wunderbare. Deutsche Wirtschaftspolitik muß aber künftighin darauf bedacht sein, mit der französischen Politik als feindlichem Faktor sich auseinanderzusetzen, wobei als für Deutschland günstige Aussicht allein bleibt, daß Frankreichs Lebenskraft mit Deutschlands Zusammenbruch schwächen wird.

Das Ergebnis der rumänischen Wahlen.

— Bukarest, 20. Nov. Die allgemeinen Wahlen für das Abgeordnetenhaus hatten folgendes Ergebnis: 103 Liberale, 58 Vertreter der Bauernpartei, 67 Nationalisten, 7 Progressisten, 6 Anhänger der Völkervereinigung. In Siebenbürgen und den neunungearischen Gebieten Ungarns wurden 156 Nationalisten und 56 Oppositionelle, in der Bukowina 12 Nationalisten, darunter 2 Deutsche, 1 Jude und 1 Ruthene und in Bessarabien 86 Nationalisten und 28 Vertreter der Bauernpartei gewählt. In Kischinew wurde ein Sozialist gewählt.

Das italienische Wahlergebnis.

— Rom, 20. Nov. (Agenzia Stefani.) Wahlergebnisse aus 28 Kreisen (total 54). Gewählt sind: 227 Abgeordnete, darunter 137 Konstitutionelle, davon wiederum 33 Liberale, 65 Demokraten, 2 Bauern und 37 Volksparteiler. Die Konzentration der Stimmen erhält 33, die Sozialisten erhalten 57 Abgeordnete.

— Rom, 20. Nov. Die „Dea Nazionale“ veröffentlicht folgende Statistik der Kammerwahlen: 105 Sozialisten, 102 Katholiken, 8 Republikaner und 243 Deputierte, die verschiedenen Gruppen angehören.

— Amsterdam, 21. Nov. Die „Times“ melden aus Rom, daß jetzt feststeht, daß die Sozialisten im neuen Parlament mindestens 150 Sitze erhalten werden.

Schwierigkeiten bei der belgischen Kabinettsbildung.

— Brüssel, 21. Nov. „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß bei der Bildung des neuen Kabinetts Schwierigkeiten entstanden zu sein scheinen. Das Kabinett wird daher erst Ende November oder Anfangs Dezember gebildet werden.

Die Neubildung des franz. Kabinetts.

— Paris, 21. Nov. (Havas.) In den Wandelgängen der Kammer war es gestern Nachmittag sehr belebt. Die Deputierten tauschten ihre Ansichten über die politische Lage aus. Der allgemeine Eindruck geht dahin, daß Clemenceau bis zur Wiederwahl des Senats im Amt verbleiben müsse. Es wird gesagt, daß, wenn sich Clemenceau wirklich vor Beerdigung der Wahlschritte zurückziehen würde, Poincaré in eine gewisse Berlegenheit kommen würde, wenn er mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt solle. Man nimmt deshalb an, daß Clemenceau sich doch noch bestimmen lassen wird, noch einige Zeit im Amt zu verbleiben. Die Freunde Clemenceaus erheben sich, sich mit ihm zu unterhalten. Hoffen, daß er seine Rücktrittsabsicht nicht vor dem 14. Januar 1920 verwirklichen wird, d. h., daß er den Vorzug im Ministerrat nicht vor der Neuwahl des Senats abgeben wird. Der Ministerpräsident wird sich in der kommenden Woche nach seiner Rückkehr aus der Verbannung, wo er sich 31. zur Erholung aufhält, mit der durch die Nichtwiderwahl mehrerer Minister des Kabinetts geschaffenen Lage befassen müssen. Es hat nicht den Anschein, als ob man diese Minister auffordern wird, in ihren Ämtern zu bleiben.

— Genf, 20. Nov. Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ scheint Clemenceau zu beabsichtigen, auch einen der neuen „Lithu.“ in die Reichsversammlung ins Ministerium zu berufen, jedenfalls hatte er gestern nach vor seiner Abreise eine vielbeachtete Unterredung mit dem aus Colmar herübergekommenen Abgeordneten Welter.

Clemenceau — Präsident Frankreichs?

— Paris, 20. Nov. Rom „Deure“ über die politische Lage befragt, soll Bionani erklärt haben: Die Lage ist sehr einfach. Clemenceau wird bis Januar Ministerpräsident

bleiben und nachher Präsident der Republik werden. Man hat Bionani die Möglichkeit, als Kandidat für die Kammerpräsidentenwahl aufstellen zu lassen. Bionani dementiert dieses Gerücht.

Die Wiederaufbau-Kommission im zerstörten Gebiet.

— Berlin, 21. Nov. In den „Mitteilungen aus dem Reichswirtschaftsministerium“ wird der Bericht der deutschen Sachverständigen-Kommission veröffentlicht, die in der Zeit vom 25. September bis 18. Oktober Besichtigungsfahrten in die zerstörten Gebiete Frankreichs gemacht hat.

Die erste Reise führte zunächst nach Arras, wo 80 Prozent der Häuser zerstört sind. Darauf wurde das zwischen Arras und Lens liegende Gelände besichtigt. Es ist derartig durch Granatrichter, Schützengräben, Unterstände usw. zerstört, daß der Zerstorungsgrad mit 100 Prozent angenommen werden kann. Das gleiche gilt für die zwischen Arras und Lens liegenden kleinen Dörfer und zahlreichen Zerstörungsfabriken. Von Lens, wo die Aufbaurbeiten bereits begonnen haben, bis zur Grenze des Departements Pas de Calais war die gleiche vollständige Zerstörung festzustellen. In einem Teil des Departements du Nord waren die Aufbaurbeiten des Gebietes in bestem Gange. Die Orte La Bassée, Esaires, Merwillie und die dazwischen liegenden Dörfer usw. sind vollständig zerstört. Von Merwillie nach Armentières liegt die Zerstörung des Landes ganz und die Zerstörung der Dörfer merklich nach. Auf der Strecke Armentières-Ville war von Zerstörungen wenig festzustellen.

Auf der zweiten Reise wurde festgestellt: In Nordost sind 80 Prozent der Gebäude darunter die Kathedrale zerstört, ebenso ist die Stadt Chaumont. Die Dörfer und Gebiete zwischen diesen beiden Städten sind zum größten Teil zerstört. Das Gelände dagegen ist unversehrt. Vollkommen zerstört sind Ham und Peronne. Der Zerstorungsgrad des Gebietes erreichte in der Umgebung von Peronne seinen Höhepunkt, der bis kurz vor Albert hinüberging. Comblès und die um Comblès gelegenen Dörfer sind nicht mehr festzustellen. Albert ist gleichfalls zerstört.

Die dritte Reise bezog sich auf zerstörte Gebiete in den Departements Aisne, Ardennes und Marne. Von den 2800 Häusern von Soissons sind nach den französischen Angaben 2000 vollständig zerstört, 800 reparaturfähig. Von Soissons erfolgte die Weiterreise in Kraftwagen durch das Wiesental nach dem vollkommen zerstörten Baillif. Die durchfahrenen Gebiete zeigten durchgängig das Bild schwerer Kriegsschädigungen. Nach französischen Angaben sind von 70 000 Hektar Kulturland 8 000 Hektar vollständig und 23 Hektar teilweise von Granaten durchwühlt und von zahllosen Stellungsbauten durchzogen. Das Gelände zwischen Berrybae und Guignicourt war noch in dem Zustand wie zur Zeit der Kämpfe.

Im Guignicourt-Gebiet die Fahrt durch besonders ärmliche Champagne-Gebiete. Hier waren die Wiederherstellungskosten größer als der Geländewert. Auf der Strecke über Trinité-Pout Faberges und weiter bis nach Reims zeigte sich überall das gleiche Bild der Zerstörung. Reims hatte vor dem Kriege 14 000 Häuser, von denen nach französischen Angaben 8 600 vollständig zerstört sind, 2 500 Häuser sind wieder bewohnbar gemacht. In der Umgebung von Reims waren 128 000 Hektar Boden unter Feuer, von denen die Scholle aufgemuldet werden müssen. 158 000 Hektar sind von Stellungsbauten durchzogen.

Die Gesamteindrücke der vierten Fahrt, die durch zerstörtes Gebiet des Departements Aube führte, kann dahin zusammengefaßt werden: Das Departement Aube hat vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Etwa ein Drittel der Fläche besteht aus Wäldern, die besonders in der Umgebung von Verdun großenteils zerstört sind. In Kulturland sind nach französischen Angaben etwa 20 000 Hektar gänzlich und etwa 40 000 Hektar teilweise zerstört. In dem ersten Gebiet ist die Zerstörung stellenweise so stark, daß die Wiederherstellungskosten den Geländewert bei weitem übersteigen würden. Für diesen Fall soll der französische Staat in Aussicht genommen haben, das betreffende Gelände von den Eigentümern zur Aufforstung zu kaufen und die Eigentümer anderweitig anzusetzen. Demgegenüber ist, daß die aus den zerstörten Granatrichtern resultierenden Erbsen teilweise zerstört und auf den Feldern so fein verteilt ist, daß für die Auffüllung der Granatrichter erhebliche Erdmassen fehlen. In dem Departement sollen insgesamt 400 Dörfer zerstört sein, in denen der Wiederaufbau von etwa 80 000 Häusern in Betracht kommt.

Mit der Annäherung an Verdun machte sich eine Zunahme der Beschädigungen der Felder durch ausgebeulte Drahtbinden, Unterstände und Stellungen sowie von Granatrichtern bemerkbar. Die Stadt Verdun ist sehr stark beschädigt. Auf der Fahrt von Verdun an den Forts Douaumont und Mourmel vorbei, über Fresnes und St. Mihiel wurden die Gebiete der schweren Schützen um Verdun besichtigt und dabei nur teilweise eine derartige Zerstörung des Gebietes festgestellt, daß seine Wiederherstellung in absehbarer Zeit gänzlich ausgeschlossen erscheint. Die auf diesem Wege passierten Dörfer Fleury, Gaudumont, Manheulles, Fresnes, Wigneuillies und Cachillon lagen völlig in Trümmern.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Die Verhandlungen des Obersten Rates.

— Paris, 20. Nov. (Havas.) Der Oberste Rat hat sich heute unter dem Vorsitz von Pichon versammelt. Er hörte die polnischen Bevollmächtigten Grzeski und Patel an, die die Gründe darlegten, die für eine definitive Zuteilung Ogalizien an Polen in Betracht kommen. Ferner nahm der Oberste Rat einen Bericht der Wiederherstellungskommission entgegen, bezüglich der Zuteilung der Handelstonnage der Doria. Die Schiffsbesitzer können unter den Alliierten die Flagge wählen. Schließlich hat der Oberste Rat die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß es wünschenswert erscheint, den Versailler Friedensvertrag am 1. Dezember in Kraft zu setzen.

Der schweizerische Nationalrat über die Neutralität Savoniens.

— Bern, 20. Nov. Der Nationalrat verhandelte heute über die Vorlage betreffend Aufgabe der Neutralität Savoniens. Diese war 1815 zu Gunsten des damals zu Sardinien gehörenden Savoniens festgelegt und die Schweiz mit der Wahrung dieser Neutralität beauftragt worden. Die Schweiz hatte auch im Kriegsjahr 1915 die Neutralität gewahrt. Frankreich wünscht jetzt die Aufhebung dieses Rechts. Der Bundesrat schlägt dem Nationalrat vor, diesem Eruchen stattzugeben, aber für die Freizonenfrage eine befriedigende Lösung zu schaffen. Der bayerische Abgeordnete Gelpke trat diesem Eruchen Frankreichs entgegen.

gen, weil es die wirtschaftliche Vorherrschaft der Schweiz am Genfer See gefährde und Genf mit Zollmaßnahmen bedrohe. — Eine Entscheidung hat die heutige Sitzung nicht gebracht.

Serbien unterzeichnet den Friedensvertrag.

— Belgrad, 20. Nov. Die Regierung hat die serbische Delegation bei der Friedenskonferenz ermächtigt, den Friedensvertrag von St. Germain zu unterzeichnen.

Der Kampf um die Ratifizierung im amerikanischen Senat.

— Berlin, 21. Nov. Zu der einflussreichen und unbefangenen Meldung, daß Wilson den Friedensvertrag zurückziehe, sagt die „Vossische Zeitung“: Sollte die Meldung auf Wahrheit beruhen, so wäre Wilsons Entschluß aus der unhaltbaren parlamentarischen, besser gesagt parteipolitischen Lage zu verstehen, die sich in den letzten Tagen im Senat herausgebildet und zu einer völligen Stagnation geführt.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Wenn keine Ratifizierung durch Amerika stattfindet, dann wird letzteres vermutlich diejenigen Fragen, welche die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland betreffen, in direkten Verhandlungen regeln. Ob es ein Vorteil für Deutschland wäre, wenn Amerika in den Kommissionen usw. nicht mehr vertreten sein würde, ist nicht unbedingt sicher.

Der Vorbehalt in der Schantungfrage angenommen.

— Washington, 21. Nov. (Privat.) Der Senat hat den Vorbehalt im Friedensvertrag in der Schantungfrage angenommen, wonach die Vereinigten Staaten sich alle Freiheit in dieser Frage vorbehalten. Die in Artikel 10 vorgeschlagenen Zusätze: Die Vereinigten Staaten sollen während der ersten 5 Jahre Polen und die Tschecho-Slowakei moralisch stützen und ferner während der gleichen Zeitdauer Frankreichs Autorität in Elsass-Lothringen fördern helfen, wurden verworfen. 10 weitere Vorbehalte betreffen hauptsächlich Fragen, nach welchen Amerika dem Kongress alle Rechte vorbehalten und sich nicht den Bestimmungen des Friedensvertrages allgemein unterwirft. Die Blätter melden, daß der Vertrag stark durchlöchert sei, jedoch kaum noch Aussicht darauf besteht, daß die Alliierten die amerikanischen Einwendungen stillschweigend hinnehmen werden.

Die Folgen der Vertagung des Senats.

— Washington, 20. Nov. Die Vertagung des Senats verschiebt wahrscheinlich die neuerliche Beratung des Friedensvertrages auf Anfang Januar. Sie verhindert die Wiedereröffnung von Konsulaten in Deutschland, die Auteilung der deutschen Schiffe und des feindlichen Staatsangehörigen gehörigen Besitzes, der von den Vereinigten Staaten beschlagnahmt wurde, sowie des Besitzes der Amerikaner in Deutschland. Verschiedene Senatoren sind der Ansicht, daß die Beziehungen mit Deutschland, gestützt auf einen einfachen Beschluß des Kongresses, wieder aufgenommen werden können.

Die Ursache der Vertagung.

— Paris, 20. Nov. Ein Vertreter der Agentur Hanas hatte mit einer amerikanischen Persönlichkeit eine Unterredung über die Ursache der Vertagung der Debatte über den Friedensvertrag im Senat, welcher erklärte, daß zwischen Demokraten und Republikanern ein Kompromiß zu Stande kommen werde. Die betreffende Persönlichkeit hob den lebhaften Wunsch Amerikas, Frieden zu haben, hervor. Amerika werde mit Deutschland keinen Sonderfrieden abschließen können. Die Unterzeichnung des Präsidenten Wilson, die unter dem Vertrage von Versailles steht, biete Garantien für den Vertrag.

Keine Verzögerung des Inkrafttretens des Vertrags.

— Rotterdam, 21. Nov. Der „N. Not. Courant“ meldet zur Ablehnung des Friedensvertrages im amerikanischen Senat, daß man in Paris allgemein der Ansicht ist, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages, nachdem er schon von drei Großmächten ratifiziert worden ist, keinen Augenblick länger hinausgeschoben werden darf.

Die Lage im Osten.

Weitere Fortschritte der Bolschewisten. — Estland zum Frieden bereit.

— Helsinki, 20. Nov. In der bolschewistischen Front dauern heftige Kämpfe fort. Die Bolschewisten gewannen weiter Gebiete. Der estnische Oberbefehlshaber hat im Hinblick auf die steigende Friedenssehnsucht innerhalb der estnischen Armee einen Tagesbefehl erlassen, in dem er vor der bolschewistischen Agitation warnt und betont, daß Estland zum Frieden bereit ist, aber nur einen Frieden schließen könne, der Estlands Lebensbedürfnisse und seine Zukunft sichere. Laut einer Meldung aus Riga ist der dortige Schiffsverkehr wieder aufgenommen worden.

Die Geschehnisse im Reich.

Verpändung der deutschen Staatsbahn?

— Amsterdam, 21. Nov. (Priv.-Tel.) Es heißt, daß Deutschland tatsächlich die Verpändung der deutschen Staatsbahnen zur Erlangung von Kredit angeboten haben soll, doch seien die ausländischen Banken und vor allem Amerika nicht auf die Höhe des von Deutschland geforderten Kredites eingegangen, weshalb die Verhandlungen zu keinem Resultate führten. Aus Washington, wo auch wieder Kreditverhandlungen gemacht werden, kommt die Nachricht, daß die Regierung nach wie vor sich weigert, die Kreditgewährung an Deutschland zu empfehlen, was dies die Banken wünschen. Solange die Regierung ihren Standpunkt nicht ändert, und selbst Erleichterungen für die Kreditgewährung werden die amerikanischen Banken nicht eigenmächtig handeln. Man will erst die Politik der Regierung gegenüber Deutschland kennen lernen.

Die Sendungen zu Gunsten der Notleidenden in Deutschland und die Aufkäufe in Marken belaufen sich jetzt wöchentlich auf 28 bis 30 000 Dollars, wofür ausschließlich Lebensmittel in Amerika gekauft werden.

Amerika.

Einberufung einer neuen Arbeiterkonferenz.

— Washington, 20. Nov. Agence Havas. Präsident Wilson hat eine neue Arbeiterkonferenz auf den 1. Dezember nach Washington einberufen.

Badischer Landtag.

or. Karlsruhe, 21. Nov. Präsident Kopf eröffnete um 9 Uhr die 5. öffentliche Sitzung.

Wahl des 2. Vizepräsidenten.

Auf Vorschlag des Abg. Dr. Glöckner (Dem.) wurde Abg. Thrig (Dem.) durch Zuzuf einstimmig zum 2. Vizepräsidenten (anstelle des ausgeschiedenen Abg. Müller) gewählt.

Die Kohlenversorgung.

Abg. Maier-Helberberg (Soz.) begründete im folgenden die von seiner Fraktion eingebrachte förmliche Anfrage: „Kann das Staatsministerium über die Kohlenversorgung Badens Auskunft geben? Welche Maßnahmen sind getroffen worden, um die Industrie, lebenswichtige Anstalten, wie Gaswerke, Krankenanstalten, Heilanstalten und Schulen, mit Brennstoff zu versorgen?“

Minister des Innern Kemmle beantwortete die Interpellation. Die Kohlenversorgung wird schon seit längerer Zeit gefördert. Sehr bedeutend ist die zu gewinnende Leistung aber nicht. Die Zustände in der Kohlenversorgung sind nicht eine Folge der neuen Zeit wie es die „Süddeutsche Zeitung“ in einem Artikel schrieb.

In Baden sind wir in die Notlage gekommen einmal durch die Aufhebung der Kohlenvorräte am Oberrhein während des Bergarbeiterstreiks, dann weil im Laufe des Sommers durch nicht genügende Förderung es unmöglich war Kohlenvorräte wieder anzufüllen, drittens weil von dem Zeitpunkt ab, wo die Förderung wieder eine bessere war, der Wasserstand zurückging und bis Oktober anhielt und schließlich hat der ungenügende Umschlag der Kohlen und Transport zur Verschärfung der Notlage beigetragen.

In der Aussprache befaßte sich Abg. Weiskopf (Str.) mit den Holzpreisen und forderte eine bessere Verteilung aller Brennstoffe. Auch die Holzverteilung könnte eine bessere sein; jedoch sei das, was heute als Holz verkauft werde, nicht des Transportes wert.

Abg. Odenwälder (Dem.): Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Kohlennot auch auf die Streiks zurückzuführen ist, daß aber auch dem Kohlenhandel in gewissem Grade eine Schuld beigemessen ist. Wir haben die Kohlenversorgung gemacht, daß nach einem Preisauflage streik mehr Kohlen vorhanden waren, als vor der Zeit des Preisauflage streiks; die Kohlen sind somit zurückgehalten worden.

Abg. Kausch (Soz.) beschäftigt sich mit den vom Minister Kemmle zitierten Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ und polemisiert gegen die Deutsch-Nationalen (Präsident Kopf): Diese Ausführungen stehen mir in sojem Zusammenhang mit unserem Thema; ich möchte bitten, auch die Bursche zu unterlassen.

Abg. Karl (D.N.): Ich will mich nicht auf das politische Gleis meines Vordrängers begeben, denn es ist gerade in der Kohlenfrage ein totes Gleis. Schuld an der Kohlennot ist, daß in den Bergwerken weniger gearbeitet worden ist, und daß gestreikt wurde.

Mißstände haben nicht wir verschuldet, sondern die Revolution. (Zuzuf bei den Sozialdemokraten.)

Minister Kemmle: In keinem Land ist die Zwangsrationierung der Brennstoffe derart durchgeführt, wie bei uns in Baden. Eine Besetzung im Transportgewerbe ist bereits eingetreten. Ich habe auf den Artikel der „Südd. Ztg.“ hingewiesen, weil darin meine Amtstätigkeit angegriffen worden ist.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand die Mehrheit des Hauses. In seinem Schlußwort wünschte Abg. Maier-Helberberg (Soz.) eine zweckmäßigere Ausnützung des Baumaterials. In seinem Schlußwort polemisierte Redner gegen die Rechte des Kaufes. Präsident Kopf erklärte es für wünschenswert, wenn künftighin die Berichterstatter sich derartiger Angriffe enthalten.

Die Kartoffelversorgung.

Abg. Müller-Karlsruhe (Str.) begründete die förmliche Anfrage seiner Fraktion. Darin wird die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß viele Kartoffelproduzenten und Händler in Baden die Volksernährung dadurch in hohem Maße gefährden, daß sie den Verzehrberechtigten teils keine Kartoffel abgeben oder nur zu sehr hohen Preisen.

Abg. Arnold (Soz.) begründete die förmliche Anfrage seiner Fraktion, in der Auskunft gewünscht wird, in welchen Gegenden besonders schlecht abgeliefert wird. Der Redner führte aus, der Anomanismus habe leider einen sehr großen Teil der Landwirte erfaßt. Der Nichtablieferung der Kartoffeln liege vielfach das Willkürliche zugrunde.

Minister Kemmle beantwortete die Interpellation und die Anfrage und erklärte dabei, die Regierung werde ihr Möglichstes tun, um zu verhindern, daß Kartoffeln zu Brennweizen verwendet werden. Ein Staatszuschuß könne denjenigen Leuten, die Kartoffeln auf einen Bezugschein erhalten hätten, nicht gewährt werden.

Abg. Odenwälder (Dem.): Ich möchte die Gründe, aber sie sind wenig erfreulich. Infolge des Rückgangs der Anbaufläche ist auch der Ernteertrag nicht mehr so groß wie früher. Während er im vorigen Jahr 14 Mill. Ztr. betrug, wird er in diesem Jahr auf beträchtlich weniger geschätzt.

Minister Kemmle beantwortete eine kurze Anfrage der Abg. D. Soldermann und Gen. über die Gelbwirtschaft und den schlechten Valutastand dahin, daß die Regierung versucht hat, den Kaufkraft der Valutahalter einzugrenzen. In verschiedenen Fällen ist es ihr auch gelungen, für die Schuldner bei den betr. Schweizer Banken Erleichterungen zu erzielen.

Abg. Thrig (Dem.) und Gen. über das Notenzirkulivogel der Bad. Banl. Minister Kemmle erklärte, eine Kündigung des Notenprivilegs seitens des Reichs sei nicht beabsichtigt, vielmehr werde das Privileg auf weitere 10 Jahre verlängert werden. Hier wird die Sitzung um 1 Uhr geschlossen.

Badische Chronik.

— Ettlingen, 21. Nov. Ein umfangreicher Schieberprozeß, in den 11 Personen, darunter mehrere Metzger und Händler, wie auch einige Landwirte verwickelt waren, spielte sich vor dem hiesigen Schöffengericht ab. Der Obersteher war der Metzger Heinrich Hajenmaier von Karlsruhe, der in umfangreicher Weise Vieh aufgestaut und verschoben hatte.

— Freiburg, 21. Nov. Ein Giftmordprozeß spielte sich vor dem hiesigen Schwurgericht ab. Auf der Anklagebank erschienen der 42jährige Stadtdiener Josef Vogel aus Wödingen und die 37-jährige ledige Anna Immele aus Schellinggen, beide hier wohnhaft, die beschuldigt waren die Ehefrau des Vogel zu vergiften.

arbeiter Friedr. Hug in Kingsheim bei Ettlingen wegen zweifacher vorläufiger Brandstiftung zu verurteilen. In beiden Fällen waren in Kingsheim größere landwirtschaftl. Anwesen eingeebnet worden. Der Brandstifter erhielt 3 Jahre Gefängnis.

— Ueberlingen, 21. Nov. Die Webherstellungsbetriebe am Münster scheitern zünftig vorwärts. Infolge der durchgreifenden Entwässerungs- und Polierarbeiten kam das herrliche Bauwerk als durchaus gesichert angesehen werden. Der größte Teil der Säulen des Mittelschiffes hatte durch die Feuchtigkeit von unten und den starken Druck von oben erheblich gelitten.

— Konstanz, 20. Nov. Gestern mittag kehrten aus Spanien (über die Schweiz) wieder 90 internierte Militärpersonen (meist Seeleute der Kriegsmarine und einige Leute aus Kamerun) und 49 Zivilpersonen (darunter 16 Frauen und 5 Kinder) zurück. Die Weiterfahrt der Leute erfolgt am 21. morgens. — Ein größerer Transport internierter Militärpersonen in Stärke von etwa 400 Mann ist in Spanien zusammengestellt. Ihr Rücktransport erfolgt in den ersten Tagen des Dezember auf dem Seewege direkt nach Hamburg.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 21. November. In der Karlsruher Münzstätte sind im Oktober für 92 000 Mk. 10-Pfg.-Stücke in Zink und für 68 000 Mk. 5-Pfg.-Stücke in Eisen geprägt worden.

— Ostverbindlichkeiten mit der Schweiz. Die Handelskammer Karlsruhe macht diejenigen Firmen ihres Bezugs, die vor dem Krieg eingegangen sind, darauf aufmerksam, daß sie sich zwecks Regelung und Forderung dieser Verbindlichkeiten bis zum 25. November 1919 bei der Handelskammer Karlsruhe zu melden haben.

— Landesverband der kaufmännischer Badens. Vergangenes Dienstag hielt in Karlsruhe der Landesverband der Kaufmannschaft Badens unter dem Vorsitz des Verbandspräsidenten Borchers seine aus den wichtigsten Angelegenheiten der Kaufmannschaft in Baden, der Beratung und Beschlußfassung waren die Lage des Kaufmannsstandes und die Angelegenheiten der Kaufmannschaft im Vordergrund der Tagesordnung. Die Angelegenheiten der Kaufmannschaft im Vordergrund der Tagesordnung.

— Konvaleszenzhaus für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe. Die öffentlichen Vortragsübungen des Schuljahres 1918/19 haben am Mittwoch, den 19. November, mit einem Vortragskonzert der Ausbildungs-Klassen begonnen. Das Programm enthielt folgende Stücke: 1. Sonate für Klavier und Violine, von L. v. Beethoven.

Der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüd. Glaubens (Ortsgruppe Karlsruhe).

Wir erlauben uns um Verzeihung zu bitten, daß wir in der Redaktion der „Badischen Presse“ hier, die Aufnahme der nachstehenden Erklärung wären wir Ihnen dankbar. Am 22. Oktober richteten wir an den Reichsausschuss für die Judenangelegenheiten in Berlin eine Eingabe, in der wir die Bitte äußerten, die Judenangelegenheiten in Baden zu untersuchen.

Wir erlauben uns um Verzeihung zu bitten, daß wir in der Redaktion der „Badischen Presse“ hier, die Aufnahme der nachstehenden Erklärung wären wir Ihnen dankbar. Am 22. Oktober richteten wir an den Reichsausschuss für die Judenangelegenheiten in Berlin eine Eingabe, in der wir die Bitte äußerten, die Judenangelegenheiten in Baden zu untersuchen.

Wir erlauben uns um Verzeihung zu bitten, daß wir in der Redaktion der „Badischen Presse“ hier, die Aufnahme der nachstehenden Erklärung wären wir Ihnen dankbar. Am 22. Oktober richteten wir an den Reichsausschuss für die Judenangelegenheiten in Berlin eine Eingabe, in der wir die Bitte äußerten, die Judenangelegenheiten in Baden zu untersuchen.

Von den Börsen.

Table with columns: Telegraphische Auszahlungen, 18. 11. 19., 21. 11. 19., Gold, Brief, etc. Lists exchange rates for various countries like Holland, Denmark, Sweden, Norway, Switzerland, etc.

Table with columns: Rhein. Exp. Mann. Sbb. ab 1907, 1912, 1917, 1918, 1919, etc. Lists financial data for Rhein. Exp. Mann. Sbb. ab 1907, 1912, 1917, 1918, 1919, etc.

